

Die Zukunft Europas : Entspannung und Einigung aus schweizerischer Sicht

Autor(en): **Probst, Raymond**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 1

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164007>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Raymond Probst

Die Zukunft Europas

Entspannung und Einigung aus schweizerischer Sicht

Der englische Historiker Edward Gibbon sass im Jahr 1764 auf dem Kapitol in Rom, wo er, begleitet von den Vespergesängen der Bettelmönche im nahen Tempel der Juno, den Untergang der Sonne über der Ruinenlandschaft betrachtete. Da überkam ihn der Entschluss, ein Buch über den Untergang des römischen Reiches zu schreiben. Sein Werk «Decline and Fall of the Roman Empire» wurde innert kürzester Zeit weltberühmt. So sehr sich Gibbon jedoch den Niedergangserscheinungen einer vergangenen Epoche zuwandte, so wenig liess er sich von einem moribunden oder pessimistischen Bazillus infizieren. Sein genereller Zukunftsoptimismus blieb unerschüttert. Selbst der Niedergang des Imperium Romanum konnte seiner Ansicht nach den kontinuierlichen Triumphzug des Fortschritts nicht aufhalten. Es müsste sich die Natur schon, wie er sein Werk mit optimistischem Ausblick abschliesst, grundsätzlich ändern, bis ein Niedergang so wuchtig ausfallen würde, dass er das Werk des Fortschritts wieder auf Null reduzieren könnte. «Wir können nicht bestimmen, nach welcher Höhe die Menschheit im Aufsteigen zur Vollkommenheit trachten darf; aber mit Sicherheit lässt sich voraussetzen, dass kein Volk, sofern sich nicht die Natur grundsätzlich ändert, in seine ursprüngliche Barbarei zurücksinken wird . . . Wir dürfen daher der gefälligen Folgerung beipflichten, dass mit jedem Weltalter wirklicher Reichtum, Glückseligkeit, Kenntnisse und vielleicht auch Tugend des Menschengeschlechts gestiegen sind und noch steigen.»

Gibbon war ein Kind seiner Zeit, der Aufklärung. Für ihn galt wie für die meisten seiner gelehrten Zeitgenossen als definitive Wahrheit, dass sich das Vollendungswerk des Fortschritts unaufhaltsam über alle Epochen hinweg fortsetzen werde. Niedergänge waren in dieser Optik lediglich temporäre Rückschläge, die bald wieder aufgefangen werden konnten. Die Fortschrittsverfechter waren eindeutig im Aufwind des Zeitgeistes: sie beherrschten während annähernd zweihundert Jahren souverän das Feld der geistigen Auseinandersetzungen. Skeptische Denker, wie etwa der

Schweizer Jacob Burckhardt, hatten einen schwierigen, ja manchmal gar belächelten Stand.

Dann kam der Erste Weltkrieg: Die führenden europäischen Mächte bekämpften sich bis zur Erschöpfung; Europas Vormachtstellung war sowohl im machtpolitischen wie im ökonomischen Bereich besiegt. Der Schock, der dadurch ausgelöst wurde, schlug sich nirgends greifbarer nieder als in Oswald Spenglers Buch «Der Untergang des Abendlandes». Die Fortschrittseuphorie hatte anscheinend ausgespielt, Untergangsvisionen wurden wissenschaftlich eingekleidet. Europas Sendung, so lautete der Tenor, ist zu Ende.

Es zeigte sich indessen bald, dass der Fortschrittsglaube allenfalls geknickt, jedoch nicht gebrochen war. Er erholte sich rasch von seinem Rückschlag. Das technische Innovationsgenie demonstrierte in anwachsend kürzeren Abständen, dass von Jahr zu Jahr ein grösserer Zuwachs an Neuheiten, an Noch-nie-Dagewesenem zu erwarten war. Ja, es wurde als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, dass sich die Superlative sprunghaft steigerten. Redewendungen wie «Das ist neu, das ist grossartig, doch in 20 Jahren ist dies alles vom Fortschritt längst wieder überholt», klingen in den Ohren wohl noch aus der jüngsten Vergangenheit nach. Der Fortschrittsglaube in seiner allgemeinen Form durchtränkte auch die Auffassung von der Politik. In den gewagtesten Entwürfen wurde die Politik, namentlich die Innenpolitik, bereits auf den Abfallhaufen der Geschichte geworfen: Statt Politik sollten Sachzwänge – und ausschliesslich Sachzwänge – die Lösung offener Fragen nach rational zwingenden Vorgaben diktieren. Für die perfekte technische Gesellschaft lieferte die stets mit der Irrationalität kokettierende Politik kein brauchbares Entscheidungsinstrumentarium mehr. Nebst den Sachzwängen stach auch der Hang zum Grossen als Kennzeichen dieser Epoche heraus. Der Fortschrittsgeist stärkte jenen den Rücken, die sich für Zentralismus und administrative Grossräume einsetzten. Dem Föderalismus und den regionalen, ja auch den kleinstaatlichen Identitäten haftete dagegen der Hauch von altmodischen Relikten an.

Erschütterter Fortschrittsglaube

Doch in den siebziger Jahren geriet der Fortschrittsglaube erneut ins Wanken, namentlich in den höchstentwickelten Staaten Westeuropas. Politische, vorwiegend wirtschaftspolitische Ereignisse beschleunigten diesen geistigen Klimaumschlag. Der erste und der zweite Ölshock hatten auf brüske Weise die Verwundbarkeit der Industriegesellschaft demonstriert. Die «Grenzen des Wachstums» verwandelten sich plötzlich von einer auf

Kongresstagungen gehätschelten Theorie in eine bittere Realität mitsamt deren schmerzhaften Auswirkungen. Grundlegend für den einschneidenden, möglicherweise säkularen Umschwung halte ich indessen zwei Faktoren:

Erstens rückte der Preis, der für einen Fortschrittszuwachs auf das Konto an negativen Nebenfolgen bezahlt werden musste, immer mehr ins Bewusstsein, und die Bilanz fiel häufig nicht mehr zugunsten dessen aus, was in überkommener Manier als Fortschritt galt. Autobahnen durch unberührte Landschaften, immissionsreiche Industrieansiedlungen in der Nähe von Wohngebieten und fragwürdige Stadtsanierungen sind nur einige Beispiele unter vielen, die sich zu diesem Problem anführen liessen.

Der zweite Faktor bezieht sich nicht auf die negativen Nebenfolgen des Fortschritts, sondern auf die Fragwürdigkeit der Ziele des Fortschritts selbst. Der europäische Geist hat sich in einigen Gebieten so weit vorgewagt, dass viele von der Angst befallen werden, die ausgelösten Entwicklungen seien von den handelnden Menschen nicht mehr zu kontrollieren, sie richteten sich letztlich gegen die Menschheit selbst. Stichworte wie nukleare Waffentechnik oder Biogenetik genügen.

Diese Faktoren haben dazu geführt, dass heute Wörter wie «Niedergang», «Dekadenz» und «Zerfall» in einem überraschenden Ausmass im politischen Vokabular auftauchen. Die Veränderungen, die sie signalisieren, lassen sich vorläufig weniger an rundweg pessimistischen Erklärungen ablesen als vielmehr an all den Präparaten in Form von Fragen, Zweifeln und Absagen, mit denen die einstmalige Resistenz der Fortschrittsgläubigkeit aufgeweicht wird. Dass der Fortschrittsidee die Gefolgschaft in einem grossen Ausmass versagt wird, ist indessen ein Phänomen neueren Datums und verweist auf eine neue Wahrnehmung und Deutung der Realität. Das Verhältnis von Zukunftsoptimismus und -pessimismus pendelt sich heutzutage in einem gleichgewichtigen Zustand der Ungewissheit ein: wir sind unschlüssig, ob wir die Nebenfolgen der Fortschrittsmaximierung noch in Kauf nehmen wollen, wir sind unschlüssig, ob die seit Jahrhunderten mit dem Begriff «Fortschritt» verknüpften Ziele für uns noch Gültigkeit haben. In dieser Situation ist es unumgänglich, sich über die Zukunft Europas Fragen zu stellen: Fragen nach den Wesenszügen Europas; Fragen nach den Bedingungen, die eine erfolgreiche Zukunft ermöglichen; Fragen nach den Zielen, die angestrebt werden sollen. Wenn ich von der Zukunft Europas spreche, dann ist das *Europa der westlichen Zivilisation* die Ausgangsbasis. Dieses Europa beruht auf einer Synthese von Werten, die einerseits der jüdisch-christlichen Überlieferung und andererseits der griechisch-römischen Antike entstammen. Unter diesen Werten möchte ich folgende hervorheben:

- den Glauben an die Einzigartigkeit des Menschen, der mit unveräußerlichen Rechten geboren wird;
- das Vertrauen in die Vernunft als den Schlüssel zum Verständnis der Welt;
- das Vertrauen in das Recht als einen Normenbereich, der eine objektive Grenze zwischen individuellem Wollen und gesellschaftlicher Notwendigkeit zieht und damit das Zusammenleben der Menschen erleichtert;
- schliesslich: die Wertschätzung der Arbeit als Verdienst und Sinnerfüllung des Lebens und nicht bloss als notwendiges Übel.

In dieser Wertekombination setzte auf europäischem Boden ein beispielloses Streben nach mehr Wissen und Besitz ein. Eine Dynamik sondergleichen schuf hier die moderne Welt, erfasste dann Nordamerika und zog endlich, sei es in Assimilation, sei es in Ablehnung, alle Kulturen des Globus in ihren Sog. Ich möchte – trotz aller Kehrseiten – hier ein klares Bekenntnis zu unserer Zivilisation ablegen, das vom Glauben an die Zukunftsfähigkeit, die Zukunftswürdigkeit unserer Zivilisation getragen ist.

Gewiss: Unsere auf der erwähnten Wertekombination basierenden Verhaltensnormen und Institutionen müssen den veränderten Existenzbedingungen angepasst werden. Die Erschütterung der Fortschrittsgläubigkeit lässt sich nicht ohne verhaltensmässige und institutionelle Veränderungen verkraften. Doch bin ich überzeugt, dass gerade unsere Zivilisation hierzu besonders befähigt ist; denn der stetige Wandel bildet das Lebenselement unserer Gesellschaft.

Ich rede freilich nicht einem schrankenlosen Wandel das Wort, sondern einem Wandel innerhalb eines festgefügtten Rahmens. Eine Evolution hin zu einer erfolgreichen Zukunft kann ich mir nur vorstellen, wenn folgende Grundlagen beibehalten werden:

- in gesellschaftspolitischer Hinsicht: eine pluralistische Ordnung;
- in verfassungspolitischer Hinsicht: ein demokratisches Staatswesen;
- in wirtschaftspolitischer Hinsicht: eine marktwirtschaftliche Ordnung.

Diese drei Ordnungsweisen sind fest ineinandergefügt. Historisch scheint es mir hinreichend erwiesen, dass sich politische Freiheit und die Institutionen, welche politische Freiheit gewährleisten, nur innerhalb einer marktorientierten Wirtschaftsordnung entfalten können – wobei das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht nur privat-individuell, sondern auch genossenschaftlich oder teilweise staatlich verteilt sein kann. Aber ein Markt mit echter Konkurrenz muss vorhanden sein. Bis heute gibt es kein Beispiel dafür, dass totale Verstaatlichung mit politischen Freiheiten vereinbar ist.

Machtpolitik und Gesellschaftspolitik

Die pluralistische Gesellschaft wird in jüngster Zeit von vielen Seiten angefeindet: von aussen, aber auch, in zunehmendem Ausmass, von innen. Indem einzelne Gruppen die Gültigkeit eines einzigen Prinzips, beispielsweise der persönlichen Freiheit, masslos überziehen, können die Rechtsordnung, das Schulwesen, die Familie und der wirtschaftliche Markt, also all jene Institutionen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unabdingbar sind, in den Ruch mangelnder Legitimität geraten. Die pluralistische Gesellschaft wird in diesen Fällen auf selektive Art mit ihren eigenen Waffen bekämpft. Diese Taktik schafft eine schwierige Zwicklage.

Ein Beispiel: Eine Verfassung, die sowohl politische Rechte wie politische Freiheiten garantiert, verstösst gegen sich selbst, wenn sie totalitäre Bewegungen und Ideen ächtet. Sie gefährdet aber auch sich selbst, wenn sie, getreu ihren freiheitlichen Grundsätzen, totalitären Bewegungen rechtlichen Schutz für Aktivitäten gewährt, welche sich gegen die Verfassung richten. Es ist in der Tat schwer, die Demokratie mit demokratischen Mitteln zu schützen – doch es ist nicht unmöglich. Solange wir von den fundamentalen Werten unserer Zivilisation überzeugt sind, solange wir die Institutionen, welche deren Entfaltung am optimalsten ermöglichen, den veränderten Lebensbedingungen anpassen und sie gegen Ansätze radikalen Kahlschlags zu verteidigen gewillt sind, solange werden wir uns das nötige Selbstvertrauen bewahren, ohne welches das Augenmass für Möglichkeiten und Grenzen von Entwicklungen innerhalb unserer Gesellschaftsordnung verlorengelht. Und Augenmass ist es, was wir brauchen: Augenmass für den unverzichtbaren Traditionsbestand, für Neuerungsmöglichkeiten und – so bieder es tönen mag – für Kompromisse.

Die Zukunft Europas können wir in allen denkbaren Farben ausmalen. Prophezeiungen und Phantastereien sind nur die Grenzen der Einbildungskraft gesetzt. Berechtigte Erwartungen aber über die zukünftige Entwicklung können wir nur hegen, wenn wir uns der Vergangenheit bewusst sind, wenn sich also die Erwartungen auf bisherige Erfahrungen abstützen.

Zwei Entwicklungen prägten die politische Gestalt Europas in der Nachkriegszeit nachhaltig: erstens die Blockbildung zwischen Ost und West, zweitens die Einigungsprozesse innerhalb der beiden Blöcke.

Jedes Zeitalter kennt eine politische Entscheidung, die als höchste erachtet wird und der alle anderen Entscheidungen untergeordnet werden. Seit der Nachkriegszeit bis auf den heutigen Tag bildet der Ost-West-Konflikt die entscheidende Frage in der Politik. Nachdem in der Endphase des Zweiten Weltkriegs sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Anläufe für eine universalistische Neuordnung, wie sie insbesondere den

Vereinigten Staaten vorschwebte, an den machtpolitischen Klippen aufliefen, steigerten sich die ost-westlichen Gegensätze in rascher Folge zum dominierenden Weltkonflikt empor. Dieser Konflikt ist, genauer besehen, ein doppelter. Auf machtpolitischer Ebene – das ist das Entscheidende – geht es um die hegemoniale Rivalität zwischen den USA und der UdSSR, auf gesellschaftspolitischem Gebiet – das ist das Sekundäre – geht es um die Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen und kommunistischen Systemen. Die beiden Ebenen des Konflikts sind, schaut man die geopolitische Karte Europas an, im allgemeinen deckungsgleich. Eine Ausnahme macht lediglich Jugoslawien, das zwar in gesellschaftspolitischer Hinsicht im kommunistischen Lager steht, auf machtpolitischer Ebene dagegen nicht dem Ostblock zugerechnet werden darf.

Unterhalb der staatlichen Ebene, im Bereich individueller und kollektiver Optionen, gibt es freilich zahlreiche Abweichungen. Wird der Konflikt nur in seiner machtpolitischen, nicht aber in seiner gesellschaftspolitischen Dimension wahrgenommen, dann ist eine Haltung, wie sie letztlich im Eurokommunismus kultiviert wird, möglich: Man ist antisowjetisch und kommunistisch. Der Kommunismus wird als adäquate Gesellschaftsform für westliche Staaten propagiert, obwohl man sich bewusst ist, dass auf machtpolitischer Ebene der Konflikt zwischen Ost und West keineswegs mit der Errichtung von kommunistischen Staaten im Westen gelöst würde. Vielmehr müsste, nimmt man Äusserungen von italienischen Kommunisten zum Nennwert, die NATO den Aufbau von kommunistischen Staatswesen im Westen gegen die Aspirationen der Gralshüter in Moskau beschützen.

Die umgekehrte Konstellation, dass man nur die gesellschaftspolitische Konfrontation sieht, die machtpolitische dagegen übergeht, ist heute, glücklicherweise, kaum vorhanden. Historisch gesehen gibt es allerdings ein Paradebeispiel für einen solchen Fall, nämlich den Molotow-Ribbentrop-Pakt, der dann aber an der untergründig weiter schwelenden Konfrontation bald wieder zerbrach. Eine solche Konstellation wäre für Europa die gefährlichste aller Möglichkeiten. Der Ost-West-Konflikt als Doppelkonflikt: das ist die Realität; der Ost-West-Konflikt als kein Konflikt überhaupt: das ist Wunschdenken; der Ost-West-Konflikt als machtpolitischer, aber kaum noch als gesellschaftspolitischer Konflikt: das waren die Hoffnungen der siebziger Jahre; der Ost-West-Konflikt als gesellschaftspolitischer, aber nicht als machtpolitischer Konflikt: das wäre Verständigung der Supermächte über den Kopf der anderen Staaten hinweg. Ich sehe kaum Indizien, welche diese Variante als Zukunftsmöglichkeit für Europa andeuten: ich bemerke aber immer wieder, dass dieser Spuk durch gewisse europäische Köpfe geistert.

Mit spezifischem Blick auf die *Schweiz* und unsere *immerwährende Neutralität* möchte ich zum Ost-West-Konflikt noch folgendes anfügen: Ein neutrales Land ist in die Realität des Ost-West-Konflikts ebenso eingebettet wie ein paktgebundenes. Man ist entweder diesseits oder jenseits des Eisernen Vorhangs. Gesellschaftspolitisch stehen wir, niemand zweifelt daran, innerhalb der pluralistischen und marktwirtschaftlich aufgebauten Welt; machtpolitisch – und auch hierüber dürfte ein Konsens herrschen – gelten unsere Sympathien jenen Kräften, welche die Existenz von pluralistischen Staatswesen in Europa ermöglichen. Kurzum: Die Schweiz steht mit beiden Füßen innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft. Wir kennen in unserem Land keine Gesinnungsneutralität.

So wie sich andere Kleinstaaten im Laufe der Geschichte immer wieder in den Schutz von Bündnissen begeben haben, so hat sich die Schweiz aus Gründen der Staatsräson und zur Selbstbehauptung für die immerwährende und bewaffnete Neutralität entschieden – und zwar vor Jahrhunderten schon, lange bevor der Ost-West-Konflikt zur entscheidenden politischen Frage wurde. Die Quintessenz unserer Neutralitätspolitik besteht darin, in Kriegszeiten gemäss den Regeln des Neutralitätsrechts für keine kriegführende Partei Stellung zu ergreifen. Damit diese Maxime jederzeit verwirklicht werden kann, dürfen wir uns freilich in Friedenszeiten nicht in eine Lage begeben, die es uns verunmöglichen würde, in einem ausbrechenden Krieg neutral zu bleiben. Wir verzichten daher konstant auf expansive aussenpolitische Ziele und auf Einmischung in Konflikte unter anderen Staaten. Unsere Neutralitätspolitik muss sich, damit sie glaubwürdig ist, durch Geradlinigkeit und hohe Berechenbarkeit auszeichnen: Berechenbarkeit des politischen Verhaltens, Berechenbarkeit des militärischen Verteidigungswillens – und falls jedermann darüber hinaus berechnen kann, wie die Gesinnung der Schweizer ist, so scheint mir dies ein zusätzliches Positivum zu sein.

Der Einigungsprozess

Parallel zur Abgrenzung zwischen Ost und West vollzog sich innerhalb der beiden Blöcke ein *Einigungsprozess*, der in der europäischen Geschichte in diesem Ausmass ohne Vorbild ist. Der Vorrang des nationalstaatlichen Denkens sollte endgültig gebrochen werden. In Ost und West wurden die Nationalstaaten von einem Geflecht von internationalen, aber regional beschränkten Organisationen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet überzogen, welche teilweise eine höhere Stufe der Zusammenarbeit, teilweise gar die Integration innerhalb des jeweiligen

Blockes bezweckten. Im allgemeinen waren die Bestrebungen im Westen von Erfolg gekrönt, wenngleich sie manchmal etwas hinter den hochgemuten Erwartungen zurückblieben. Angesichts der zahllosen Hemmnisse erstaunt das, was erreicht wurde, mehr als das, was nicht erreicht wurde.

Die Schweiz nimmt wegen ihrer Neutralität dem europäischen Einigungsprozess gegenüber zwar eine grundsätzlich positive, doch vorsichtige Haltung ein. Dem Europarat traten wir erst 1963 bei, nachdem wir uns nicht nur aufgrund der Satzung dieses Organs, sondern auch aufgrund langjähriger Beobachtung der Praxis vergewissern konnten, dass ein Beitritt mit der Neutralitätsmaxime, wie wir sie handhaben, vereinbar sei. Den europäischen Integrationsbestrebungen stehen wir nicht negativ gegenüber, sondern wir betreiben, unter Hinweis auf die Grenzen unserer Möglichkeiten, eine aufgeschlossene Politik. Dazu gehört etwa unser Mitwirken bei der Schaffung eines grossen Freihandelsraumes in Europa. Vor zehn Jahren haben wir, wie die andern EFTA-Staaten auch, mit den Europäischen Gemeinschaften ein Freihandelsabkommen geschlossen. Gegenwärtig bemühen wir uns, den erreichten Stand an Freihandelsbeziehungen nicht nur zu bewahren, sondern noch zu vertiefen und auf neue Bereiche auszuweiten. Ausserdem fördern wir die europäische Rechtsvereinheitlichung und berücksichtigen die europäische Rechtsentwicklung in unserer eigenen Gesetzgebung.

Um auf meine These von den zwei einschneidenden Entwicklungen in der Nachkriegszeit zurückzukommen: Die Blockbildung zwischen Ost und West kam in den sechziger Jahren zum Stillstand. Mit dem Abbau der Spannung verflachte auch der Elan für die europäischen Einigungsbestrebungen. In den sechziger Jahren gewann dafür eine andere Entwicklung an Bedeutung.

Auf machtpolitischer Ebene keimten Hoffnungen, zwischen den beiden Supermächten liesse sich anstelle der hegemonialen Rivalität ein Klima der Entspannung errichten. Nachdem Präsident Kennedy 1962 die Kubakrise erfolgreich abwenden konnte, übernahm er in einer Rede von 1963 erstmals den von General de Gaulle geprägten Begriff «*Détente*». Erste konkrete Anzeichen für eine Kurskorrektur brachten im gleichen Jahr das unterzeichnete Teststoppabkommen sowie das Abkommen über den sogenannten «Heissen Draht». Auch wenn einzelne Hoffnungen immer wieder dem Frost einer kalten Nacht anheimfielen, so breitete sich in den sechziger und siebziger Jahren insgesamt doch eine Frühlingsstimmung aus, in der man den Beginn eines allgemeinen Tauwetters nach jedem Frost unverzagt von neuem erwartete – und wo dies nicht zutraf, da wusste man immerhin eines: man wollte nicht mehr in die vorangegangene Periode

– in die Zeit des «Kalten Kriegs», wie man sie nun nannte – zurückfallen. Das Unbehagen über die gestiegenen Risiken einer militärischen Konfrontation ebenso wie die Hoffnung auf einen substantiellen Abbau der Blockbildung veranlassten die beiden Supermächte, auf verschiedenen Ebenen den Dialog zu suchen und bilaterale – Stichwort SALT I von 1972 – sowie multilaterale Vereinbarungen – Stichwort: Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen von 1968 – auszuhandeln. Die Zeit für Gespräche über Rüstungskontrolle und Abrüstung war gekommen. In diversen Gremien wurden Verträge erzielt, deren Resultat man weder überbewerten soll, noch unterbewerten darf. Nebst dem beschränkten Beitrag, den sie zur Verhinderung einer militärischen Konfrontation leisten, setzten sie immerhin einen Anfang im Bemühen, dem infernalischen Wettrennen ein Ende zu bereiten. Für die europäischen Staaten eröffnete sich gleichfalls Raum für Initiativen dem Osten gegenüber, wobei ich hier als herausragende Erscheinung die deutsche Ostpolitik erwähnen möchte.

Die Détente auf machtpolitischer Ebene breitete sich im Gleichschritt mit ihrem Pendant auf gesellschaftspolitischer Ebene aus: mit der Auffassung von der Angleichung der beiden Systeme, der sogenannten *Konvergenztheorie*. Ausgehend von einem vagen Tertium comparationis, nämlich einer idealen neuen Gesellschaft, die je das Beste aus der kapitalistischen und der kommunistischen Ordnung in sich vereinigte, wuchs die Hoffnung, bei genügend intensivem Verkehr über die west-östliche Demarkationslinie hinweg werde sich die Starrheit der Gesellschaftssysteme allmählich infolge wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zwänge aufweichen lassen, die beiden Gesellschaftssysteme würden sich gegenseitig durchdringen und schliesslich auf evolutivem Weg einander angleichen. Als vertrauensw rdigster Kronzeuge für diese Projektionen bot sich, wenn auch nur kurzfristig, der sogenannte Prager Fr hling an.

Forum KSZE

Der Abbau des Ost-West-Konflikts auf machtpolitischer und gesellschaftspolitischer Ebene führte ausserdem zu einem qualitativ neuwertigen Gremium, das erstmals, ausserhalb der UNO-Familie, alle Staaten Europas – mit Ausnahme Albaniens – sowie die USA und Kanada umfasst: zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (*KSZE*). Der Prozess, der 1972 in Helsinki begann und mit der Schlussakte von 1975 seinen Höhepunkt, hoffen wir: nur seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte, erlaubt es 35 Staaten, ihre Stimme zu Fragen des menschlichen Zusammenlebens, des wirtschaftlichen Verkehrs und der Sicherheit in Europa zu

erheben. Der «Geist von Helsinki» hat allerdings empfindliche Rückschläge erlitten. Kein Staat darf Akte, die auf eklatante Weise gegen die Schlussakte von Helsinki verstossen, stillschweigend hinnehmen. Die von staatlicher Seite abgegebenen Erklärungen müssen durch entsprechende Taten eingelöst werden, wenn Fortsetzung und Vertiefung des KSZE-Prozesses einen Sinn haben sollen.

Die Schweiz ist an der KSZE grundsätzlich interessiert; sie hat dies auch durch ihre intensive Zusammenarbeit mit den andern Neutralen und Nichtgebundenen, der sogenannten N+N-Gruppe, die zum wertvollen Element zwischen den Blöcken geworden ist, bewiesen. Die KSZE bildet für uns, die wir als neutraler Staat über eine beachtliche Armee verfügen, das einzige Forum, wo wir zu sicherheitspolitischen Fragen in Europa – zu Fragen also, die unseren Lebensnerv ebenso treffen wie jenen von paktgebundenen Staaten – mitreden können.

Die Jahre der Entspannung, präziser: die Jahre der von einer gewissen Euphorie getragenen Entspannung, gehören jetzt gleichfalls der Vergangenheit an. Allzuvielen Rückschläge musste dieser delikate Prozess erleiden, er kann nur noch mit gedämpftem Optimismus fortgesetzt werden.

Auf machtpolitischer Ebene wurden die von der westlichen Seite während der eigentlichen Entspannungsphase erbrachten Vorleistungen auf dem Gebiet der Rüstungsbeschränkung von der östlichen Seite nicht honoriert. Während die USA auf den Bau verschiedener Waffensysteme verzichteten und die Verteidigungsausgaben, prozentual gemessen am Staatshaushalt, drastisch senkten, forcierte die Sowjetunion den Rüstungsaufbau. Die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan setzte schliesslich den Wendepunkt, der durch die Ereignisse in Polen noch schärfer markiert wurde.

Auf gesellschaftspolitischem Gebiet griff desgleichen eine Ernüchterung um sich, mögen auch die Formen etwas weniger krass ausgefallen sein. Zwar brachten die vermehrten Kontakte eine gewisse Angleichung des östlichen Lebensstils an den westlichen, wobei man an den Siegeszug der Blue Jeans denken mag; insgesamt begrenzten jedoch doktrinäre Schranken den Spielraum für systemverändernde Ansätze. Die Wirtschaftsbeziehungen konnten nicht im erhofften Ausmass als Transmissionsriemen für nennenswerte Angleichungen funktionieren. Während sich der Handel zwischen dem Ostblock und den OECD-Staaten in den siebziger Jahren nominell fast versechsfachte, lief in den letzten Jahren die Expansionsphase im Ostgeschäft aus. Die Gründe hierfür liegen im rigiden Wirtschaftssystem des Ostens. Was fünfzig polnische Wissenschaftler und Politiker – keine Dissidenten – im Frühjahr 1979 mit Blick auf das polnische Wirtschaftssystem feststellten, dürfte für alle COMECON-Länder gelten.

Sie kamen zum Ergebnis: «Das gegenwärtige Wirtschaftssystem Polens ist zu unelastisch, um aus den riesigen, auf Kreditbasis vorgenommenen Investitionen der letzten Jahre den notwendigen ökonomischen Nutzen herauswirtschaften zu können.»

Diese Ereignisse und Entwicklungen führten auf westlicher Seite zu deutlichen Reaktionen. Mit dem *Nato-Doppelbeschluss* vom Dezember 1979 wurde der Wille demonstriert, auf machtpolitischer Ebene den hegemonialen Konflikt zwischen den USA und der UdSSR erneut, sollten die *Genfer INF-Verhandlungen* nicht das gewünschte Resultat ergeben, zu bekräftigen. Und mit der Wahl von Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten wurde auf gesellschaftspolitischem Gebiet unterstrichen, dass die Rivalität zwischen Kapitalismus und Kommunismus keineswegs obsolet geworden ist.

Friedensbewegung – Sicherheitspolitik

Wir sind heute an einem Punkt angelangt, wo das Wort «Entspannung» auf Regierungsebene nur noch mit grösster Vorsicht ausgesprochen wird. Es ist indessen unübersehbar, dass in der Entspannungsphase Entwicklungen ausgelöst wurden, die unterhalb der Regierungsebene kräftig vorangetrieben werden. Ein Beispiel: Möchte ein Amerikaner wissen, was es mit dem *Pazifismus* in diversen europäischen Ländern auf sich hat, dann wird er feststellen müssen, dass er auf Regierungsebene quasi inexistent ist, aber unterhalb der Regierungsebene von zahlreichen Gruppen lautstark verfochten wird. Tatsächlich hat das Gedankengut aus der Entspannungsphase in breiten Schichten Fuss gefasst und sich teilweise eigenartig selbstständig. Dies gilt insbesondere für gewisse extreme Flügel der Friedensbewegung, die sozusagen als anarchistische Kinder der *Détente* verstanden werden könnten. Wie der Anarchismus unter Aufblähung eines einzigen Prinzips aus dem Liberalismus herausgewachsen ist, so sind diese Flügel der Friedensbewegung aus der Entspannungsphase hervorgegangen – und zwar, indem sie sich nur auf einen Aspekt, nämlich jenen der – einseitigen – Abrüstung, konzentrieren.

Die Friedensbewegung wird zudem noch durch jene Gruppen verstärkt, die auf die Fortschrittsskrise der westlichen Gesellschaft so sensibel reagierten, dass sie ihren Rückzug aus dieser Gesellschaft angetreten haben. Richtete sich deren erste Protestwelle gegen hochtechnologische Bauvorhaben, so kämpft die zweite nun auch gegen hochkomplizierte internationale Beziehungsgeflechte und gegen die Komplexität der Sicherheitspolitik im besonderen an. Im ersten Fall möchte man, etwas plastisch ausgedrückt,

ganze Landstriche zu Schongebieten vor der Hochtechnologie, im zweiten Fall ganz Westeuropa zu einem Schongebiet vor atomaren Sicherheitskonzepten deklarieren.

Ich glaube nicht, dass es sich bei der Friedensbewegung und dem antizivilisatorischen Protest nur um vorübergehende Erscheinungen handelt. Dagegen sprechen zwei Gründe. Der Friede hat in den letzten Jahrzehnten angesichts der nuklearen Drohung eine neue Qualität erlangt. Er ist heute nicht mehr nur ein wünschenswerter Zustand, sondern die Erhaltung des Friedens ist zu einer unverzichtbaren Bedingung für den Bestand der Menschheit geworden. Dass sich das Bewusstsein davon bei vielen Menschen in ein Unbehagen umsetzt, ist natürlich. Weniger natürlich ist dagegen, wenn die Angstgefühle das politische Urteilsvermögen derart verzerren, dass man, bildlich gesprochen, sofort die Notbremse ziehen möchte – und dies, ohne sich zu fragen, wo überhaupt eine Aussteigemöglichkeit besteht. Der antizivilisatorische Protest seinerseits ist meiner Einschätzung nach ein Ausfluss der globalen Fortschrittskrise, von der ich schon gesprochen habe. Insofern muss er als Korrektur zur hochtechnologisierten Gesellschaft sehr ernst genommen werden, wengleich sich bisher ein Grossteil der Trägerschaft nur in geringem Mass als kompromiss- und gemeinschaftsfähig erwiesen hat.

Zwischen Entspannung und Einigung

Das *gegenwärtige politische Koordinatensystem*, um nun die Bilanz aus dem historischen Rückblick zu ziehen, präsentiert sich wie folgt:

1. Der Ost-West-Konflikt ist nach wie vor die entscheidende Frage in der Politik. Hieraus ergeben sich äussere Gefahren für die pluralistischen Gesellschaften Westeuropas.
2. Bewegungen und Gruppierungen, die aus der pluralistischen Gesellschaft herausgewachsen sind und, ohne den Gesamtzusammenhang zu berücksichtigen, nur vereinzelt Prinzipien Nachachtung verschaffen wollen, gefährden die pluralistische Gesellschaft von innen heraus.
3. Der europäische Einigungsprozess innerhalb der beiden Blöcke ist beinahe zum Stillstand gekommen, währenddem der Entspannungsprozess, wengleich in gedämpfter Form, weitergeht.
4. Zwischen dem europäischen Einigungsprozess und dem Entspannungsprozess scheint ein reziprokes Verhältnis zu bestehen: Je grösser die ost-westlichen Spannungen, desto grösser sind die westeuropäischen Einigungsbestrebungen, je mehr Entspannung, desto mehr lässt die integrationspolitische Schubkraft nach.

Aus dieser Lage ergeben sich, wenn Europa seine *Zukunft* erfolgreich bewältigen soll, *drei Imperative*:

1. Westeuropa muss weiterhin am Modell einer pluralistischen, einer grundsätzlich offenen Gesellschaft festhalten. Dies erfordert, nebst vielen anderen Qualitäten, vornehmlich von allen Schichten Kompromissbereitschaft. Die offene Gesellschaft kann nicht überleben, wenn einzelne Fraktionen ihre Ansichten zu absoluten Wahrheiten erheben und sich kooperationsunwillig zeigen. Diese Gesellschaft ist, gerade wegen ihrer Offenheit, schwach. Wenn immer sie Massnahmen zu ihrem eigenen Schutz ergreifen muss, verstösst sie, im Prinzip, gegen sich selbst. Doch in ihrer Offenheit liegt auch ihre Stärke: Bis heute hat keine andere Gesellschaft auch nur annähernd solche Integrationskapazitäten entwickelt wie sie.

Neuere Erscheinungen wie die Friedensbewegung und der antizivilisatorische Protest, welche letzten Endes nichts anderes als seismographische Ausschläge von tieferen Vorgängen innerhalb unserer Gesellschaft darstellen, müssen daraufhin untersucht werden, wo sie integrationsfähige Ansätze enthalten. Meiner Ansicht nach sind sie vorhanden, vorwiegend in der korrektiven Funktion dieser Bewegungen zu gewissen zeitgenössischen Auswüchsen. Um nur ein Beispiel zu geben: Wo sich die ost-westliche Blockbildung, wie etwa im Fall des sogenannten «Overkill», in einer Art von eigengesetzlicher Dynamik vom Boden des real Erforderlichen abhob, bedarf es der Kurskorrektur hin zum Rüstungsstand auf niedrigstem Gleichgewicht. Der Beitrag der Friedensbewegung zu einer entsprechenden Meinungssensibilisierung in breiten Kreisen muss anerkannt werden, auch wenn von Teilen der Friedensbewegung gleichzeitig Ideen propagiert wurden, welche die Herstellung eines Gleichgewichts gerade zu verhindern beabsichtigten. Wo keine integrationsfähigen Ansätze bestehen, muss die offene Gesellschaft den Mut aufbringen, zu ihren Überzeugungen zu stehen. Sie darf nicht zulassen, dass sie in ihrer Substanz angegriffen wird. Mit anderen Worten: Es darf nicht so weit kommen, dass diese Gesellschaft ihre Offenheit für alle Bürger einschränken muss, weil einzelne Gruppen sie missbrauchen.

2. Die offene Gesellschaft bedarf zu ihrer Entfaltung des militärischen Schutzes. In erster Linie – und intensiver als bisher – muss er von den europäischen Staaten selbst gewährleistet werden, in zweiter Linie muss er in Zusammenarbeit mit jenen aussereuropäischen Mächten gesucht werden, die sich gleichfalls zur offenen Gesellschaft bekennen; wie sich die Weltlage zurzeit präsentiert, heisst dies, dass die zu einem Verteidigungsbündnis zusammengeschlossenen westeuropäischen Staaten weiterhin auf amerikanische Sicherheitsgarantien angewiesen sind.

3. Komplementär – und nicht etwa alternativ – zur Sicherheitspolitik muss der Entspannungsprozess fortgesetzt werden. Entspannung ist ein inhärentes Element der offenen Gesellschaft.

All das, was ausserhalb des Sicherheitsbereiches als Entspannung gilt, wird in den Staaten mit pluralistischer Gesellschaftsordnung ohnehin praktiziert. Dies ist natürlich; unnatürlich ist dagegen für uns, wenn wir dieser Praxis Schranken setzen müssen. Daher vergeben wir uns nichts, wenn wir auf diesem Gebiet zu Gesprächen bereit sind. Aufgrund dieser Überlegungen müssen wir am Entspannungsprozess festhalten – allerdings nur solange, als die Entspannungspolitik nicht als Tarnschild für Vorgänge missbraucht wird, welche die Sicherheit der pluralistischen Gesellschaft zu gefährden und somit jedem vernünftigen Entspannungsprozess letztlich den Boden unter den Füßen zu entziehen drohen.

Ausblick: Die «sanftere» Europäisierung

Zum Schluss wage ich, einige persönliche Zukunftsperspektiven zu entwerfen. Die Krise der Fortschrittsidee wirkt sich auf die Aussenpolitik ebenso aus wie auf andere Gebiete. Die Zeit, in der sich der Fortschritt nur in der Realisierung von stets grösseren Einheiten ausdrückte, scheint zu Ende zu gehen. Dieser Zeitgeist lag dem Ideal eines Vereinigten Europa zugrunde. Die zukünftigen Entwicklungen laufen wohl eher in jene Richtung, wo man Wert auf die Wahrung des bereits Erreichten und die Festigung des Bestehenden legt. Dies schliesst Verbesserungen und Ausweitungen bestehender Gebilde keineswegs aus. Aber die administrativen Grossräume gelten nicht mehr unbedingt als höchstes Ideal, sondern man versucht zusehends auch regionale Identitäten zu verwirklichen.

Diese Entwicklungen erfordern ein entsprechendes politisches Instrumentarium. So wie in der Technologie unter dem Druck der negativen Nebenfolgen eine Umorientierung hin zur sogenannten sanften Technologie erfolgte, so werden wir – auch dies eine rein persönliche Mutmassung – in der Europapolitik wohl den Weg einer zwar weiter voranschreitenden, aber doch eher «sanfteren» Europäisierung gehen. Hauptinhalt einer solchen Europäisierung wäre weniger die Errichtung von neuen und grösseren Identitäten als vielmehr der Abbau von Schranken für Menschen, Wirtschaft, Kultur und Information zwischen westeuropäischen Identitäten, Abbau von Schranken aber auch, so weit als möglich, zwischen Ost- und Westeuropa.

Wie die Schweiz mit der Europäischen Gemeinschaft gute Beziehungen, ja teilweise vielleicht bessere Beziehungen pflegt als einzelne EG-Staaten

untereinander, so lassen sich in Europa noch viele Beziehungen, welche den historisch gewachsenen regionalen Eigenheiten Rechnung tragen, verbessern. Europas Vielfalt muss bestehen bleiben, aber Einfriedungen, welche den Kontakt zwischen Nachbarn versperren, müssen weg. Dieser Prozess ist unter den westeuropäischen Staaten noch lange nicht abgeschlossen; mit den osteuropäischen Staaten hat er kaum begonnen. Doch verdient auch das bisher Erreichte unsere volle Aufmerksamkeit. Protektionistische Strömungen in der Handels- und Wirtschaftspolitik, von Eigeninteresse getriebene nationalstaatliche Anwandlungen und alleingängische Eskapaden verdeutlichen gerade heute, wie dringend die bestehenden Institutionen der Erhaltung, der Festigung und des Fortgangs bedürfen.

**Jede Sache
vernünftig versichert:**
winterthur
versicherungen